

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 08.03.2007
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Heinz-Josef Tönnes Heiden

Mitglieder:

Barbara Büscher	Stadtlohn
Ute Gertz	Ahaus
Rudolf Geukes	Isselburg
Ingrid Groth	Bocholt
Martin Huesmann	Ahaus
Benedikt Kemper	Heiden
Irmgard Kerkhoff	Rhede
Berthold Langehaneberg	Legden
Karl-Heinz Pfaffe	Stadtlohn
Stephanie Pohl	Gescher
Agatha Schlüter	Bocholt
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Christian Stöttelder	Heiden

ab 17.45 Uhr, TOP 3 tlw.
Vertretung für Marlies Mensing

beratende Mitglieder:

Olaf Gottschalk	Borken
Ralf Groß	Borken
Georg Hollstegge	Borken
Werner Menke	Velen
Hans-Josef Overmann	
Marlis Spieker-Kuhmann	Borken
Bernd Telgmann	Rhede
Jürgen Terhart	Bocholt

Es fehlen:

Werner Haßenkamp
Sebastian Zarembo Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Edith Brechken
Sandra Bußmeier
Elisabeth Möllenbeck
Mechtild Schulze Hessing

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnes eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Ausschussmitglied Agatha Schlüter vom Vorsitzenden per Handschlag auf die folgende Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Vorsitzender Tönnes schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 2 „Anlauf- und Kontaktstelle Vreden (Impulse)“ vorzuziehen, um den - vor allem jungen – Gästen, die ein Interesse an der Entscheidung über die Weiterführung dieser Anlauf- und Kontaktstelle haben, die Wartezeit zu verkürzen. Weiterhin schlägt er vor, die Tagesordnung um den Punkt „Einrichtung von Familienzentren im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Jugend und Familie des Kreises Borken“ zu erweitern. Hier sei kurzfristig ein dringender Handlungsbedarf entstanden. Er verweist auf ausgelegte Sitzungsvorlage Nr. 0052/2007 (Anlage 8 zur Niederschrift).

Vorsitzender Tönnes lässt über die Vorschläge abstimmen.

Beschluss: einstimmig

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: **Finanzierungsvereinbarung mit den Erziehungsberatungsstellen
Vorlage: 0021/2007**

Berichtersteller/in: Hans-J. Overmann

Herr Pfaffe nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Overmann erläutert die Vorlage und führt aus, dass die derzeitige Finanzierungsvereinbarung mit den Erziehungsberatungsstellen, die vor gut zwei Jahren abgeschlossen worden sei, sich bewährt habe und nun weitergeführt werden soll.

Die Beteiligten, d.h. die Stadtjugendämter des Kreises Borken, die Caritasverbände und der Fachbereich Jugend und Familie, seien der Auffassung, dass die Vereinbarung zur Flexibilisierung beigetragen habe und die Erziehungsberatungsstellen an Profil gewonnen hätten. Herr Overmann schlägt vor, dass Herr Pfaffe als Leiter der Erziehungsberatungsstelle Stadtlohn einen Tätigkeitsbericht gibt.

Herr Pfaffe berichtet, er sei von der Verwaltung gebeten worden, zum Thema „Erziehungsberatung im Rahmen der Jugendhilfe“ zu referieren. Das Referat ist als Anlage dem Protokoll beigefügt (Anlage 1 zur Niederschrift). Als Leiter der Erziehungsberatungsstelle sei er der Auffassung, dass die Finanzierungsvereinbarung für beide Vertragspartner positiv sei, weil damit sowohl Verlässlichkeit als auch Transparenz gewährleistet seien. Abschließend spricht

er der Politik und Verwaltung seinen Dank für die Unterstützung der Arbeit der Erziehungsberatungsstellen aus.

Auf die Frage von Frau Seidensticker-Beining nach dem Durchschnittsalter der Kinder, die in die Beratung kämen, erläutert Herr Pfaffe, dass nach den Erfahrungen über mehrere Jahrzehnte der Schwerpunkt die 6-12 jährigen Kinder, vor allem Grundschulkindern, seien. Davon seien 2/3 männliche und 1/3 weibliche Klienten.

Frau Kerkhoff betont, sie halte die flächendeckende Zusammenarbeit der Jugendämter und Erziehungsberatungsstellen innerhalb des Kreisgebietes für sehr vorteilhaft.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die mit Beschluss vom 07.12.2004 getroffene Vereinbarung über die Finanzierung und Abrechnung der Leistungen der Caritasverbände für die Dekanate Ahaus-Vreden, Bocholt und Borken mit den Jugendämtern im Kreis Borken im Rahmen der Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII, die im Rahmen einer Erprobungsphase bis zum 31.12.2006 Gültigkeit hatte und vom Jugendhilfeausschuss mit Beschluss vom 21.12.2006 (Vorlage Nr. 0305/2006) bis zum 31.03.2007 verlängert wurde, zu verlängern. Grundlage für die Verlängerung sind die mit den Caritasverbänden vereinbarte Leistungsbeschreibung, die verbindlichen Eckpunkte für das Abrechnungsverfahren sowie das Controlling der Erziehungsberatung im Kreis Borken.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass diese Grundlagen rückwirkend ab dem 01.01.2007 bis zum 31.12.2008 gelten.

Punkt 2: Anlauf- und Kontaktstelle Vreden ("Impulse") - Entscheidung über Weiterführung
Vorlage: 0020/2007

Berichtersteller/in: Hans-J. Overmann

Herr Overmann verweist auf den vorliegenden, seiner Meinung nach sehr ausführlichen Tätigkeitsbericht zur Arbeit der Anlauf- und Kontaktstelle. Es werde deutlich, dass die Ziele des Konzeptes voll erfüllt seien und die Anlauf- und Kontaktstelle im Sozialraum sehr gut verankert sei. Durch verschiedene Aktionen sei die Bevölkerung mit den Angeboten vertraut gemacht worden, so dass durch die Anlauf- und Kontaktstelle ein wirksames Angebot als gute Ergänzung der vorhandenen Infrastruktur geschaffen worden sei.

Frau Kerkhoff sagt, sie stimme den vorangegangenen Ausführungen von Herrn Overmann voll zu. Sie spricht allen Beteiligten im Namen der CDU-Fraktion ihren Dank aus.

Frau Seidensticker-Beining schließt sich diesem Dank an und sagt, auch sie sei von der Arbeit der Anlauf- und Kontaktstelle, die sich in den vorgelegten Zahlen niederschläge, begeistert. Sie sähe in der Förderung der Anlauf- und Kontaktstelle eine gute Investition in die Zukunft der Kinder.

Herr Tönnies berichtet, dass ihn die kürzlich eröffnete Fotoausstellung der Anlauf- und Kontaktstelle tief beeindruckt hätte. Er bedankt sich bei allen, die sich in der Anlauf- und Kontaktstelle engagieren und wünscht Ihnen für die Zukunft alles Gute. Er hoffe, dass sie weiterhin mit einem solch starken Engagement und Elan weiterarbeiten würden.

Vorsitzender Tönnes lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der JHA beschließt, das Projekt Anlauf- und Kontaktstelle Vreden („Impulse“) für weitere drei Jahre zu verlängern.

**Punkt 3: Überörtliche Prüfung des Kreises Borken von Dezember 2005 bis Juni 2006 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA)
Vorlage: 0019/2007**

Berichtersteller/in: Hans-J. Overmann

Herr Overmann verweist auf den vorliegenden Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW und erläutert u.a. das Zustandekommen des Berichtes. Er berichtet, es habe im Vorfeld der Berichterstellung konstruktive und kontroverse Diskussionen gegeben. Herr Overmann erläutert die Kernaussagen und Gesamtergebnisse des Berichtes.

Im weiteren Sitzungsverlauf stellt Frau Schulze Hessing die detaillierten Prüfungsergebnisse vor. Die Folien sind der Niederschrift beigelegt (Anlage 2 zur Niederschrift).

Frau Seidensticker-Beining bringt ihre Unzufriedenheit über die rein zahlenmäßige, betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise zum Ausdruck.

Frau Kerkhoff kritisiert ebenfalls die „verkürzte Sichtweise“ der GPA. So werde die grundsätzliche Ausrichtung der Jugendhilfe nicht berücksichtigt und es blieben pädagogische Gesichtspunkte völlig außer acht. Sie halte daher eine reine Kenntnisnahme durch den Jugendhilfeausschuss, so wie sie im Beschlussvorschlag vorgesehen sei, für nicht ausreichend und schlage vor, den Beschlussvorschlag insofern zu erweitern, dass die Verwaltung beauftragt werden solle, eine Stellungnahme zum Bericht der GPA vorzulegen. Dabei solle die rein betriebswirtschaftliche Sichtweise durch fachliche Aspekte aus Sicht der Jugendhilfe ergänzt werden.

Herr Tönnes ergänzt, es ging ihm auch um die Darstellung nach außen und der GPA gegenüber. So müsse deutlich gemacht werden, dass die vorgenommene Prüfung für nicht ausreichend erachtet werde.

Herr Huesmann betont ebenfalls, dass er eine rein rechnerische Betrachtung unzulänglich halte. Es fehle eine qualitative Betrachtungsweise. Aus diesem Grund, so Frau Seidensticker-Beining, könne sich die SPD dem Antrag auf Erweiterung des Beschlussvorschlages anschließen. Der Jugendhilfeausschuss signalisiert Einverständnis.

Vorsitzender Tönnes lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.06.2007 eine Stellungnahme zum Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt vorzulegen.

Punkt 4: Einrichtung von Familienzentren im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Jugend und Familie des Kreises Borken
Vorlage: 0052/2007

Berichtersteller/in: Mechtild Schulze Hessing

Frau Schulze Hessing erläutert die Vorlage und begründet das kurzfristige Vorlegen. Auf Grund der Terminsetzung sähe sie einen dringenden Handlungsbedarf, zumal viele Einrichtungen sich bereits nach der Möglichkeit, sich als Familienzentrum zu bewerben, erkundigt hätten.

Das Verfahren zum Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren sei in mehreren Schritten vorgesehen. So solle die Verwaltung vom Jugendhilfeausschuss beauftragt werden, den weiteren Ausbau von 13 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren anzustreben. Grundlage dafür sei der jetzt zu fassende Beschluss, in dem die weitere Vorgehensweise und Kriterien für die Auswahl festgelegt würden.

Nach einer Vorauswahl aus den vorliegenden Bewerbungen unterbreite der Fachbereich Jugend und Familie in enger Abstimmung mit den Kommunen und Trägern der Tageseinrichtungen dem Jugendhilfeausschuss einen Beschlussvorschlag zur Sitzung am 06.06.2007. Der dann gefasste Beschluss werde bis zum 29.06.2007 an das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW weitergeleitet.

Frau Schulze Hessing stellt das Konzept vor, das zusammen mit den pädagogischen Fachkräften des Familienbüros erarbeitet wurde. Sie erläutert die Voraussetzungen, die für die künftigen Familienzentren vorgesehen sind (Anlage 3 zur Niederschrift). Für jedes Familienzentrum sei ein jährlicher Förderbetrag vom Land von 12.000 EUR vorgesehen. Die genauen Fördermodalitäten stünden allerdings noch nicht fest.

Auf die Frage von Frau Kerkhoff teilt Frau Schulze Hessing mit, dass es Ziel sei, in jeder Kommune des Kreisjugendamtsbezirkes ein Familienzentrum einzurichten, das den vorgesehenen Auswahlkriterien entspreche. Es sei aber zunächst einmal das Ergebnis der Ausschreibung abzuwarten.

Vorsitzender Tönnes lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung den weiteren Ausbau von 13 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren entsprechend den nachfolgend in dieser Vorlage aufgelisteten Kriterien voranzubringen. Dies soll in folgenden Schritten erfolgen:

1. Eine Ausschreibung der Einrichtung von Familienzentren unter Benennung der Kriterien wird an alle Kindertageseinrichtungen und deren Träger gesandt. Bis zu einem festgelegten Datum können sich alle Kindertageseinrichtungen bewerben, wobei die Kindertageseinrichtungen, die sich bereits in der ersten Projektphase des Landes beworben haben, keine erneuten Unterlagen einreichen müssen, sondern ihre Bewerbung bestätigen und die Unterlagen ergänzen können.
2. Eine Vorauswahl aus den vorliegenden Bewerbungen wird durch den Fachbereich Jugend und Familie in enger Abstimmung mit den Kommunen und den Trägern getroffen.
3. Das Ergebnis wird in einer Vorlage dem Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung vorgestellt mit einem entsprechenden Beschlussvorschlag.

4. Der dann gefasste Beschluss des Jugendhilfeausschusses wird bis zum 29.06.2007 an das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen weitergeleitet.

Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 5.1: Betreuungsbedarf für unter 3-jährige Kinder

Berichtersteller/in: Mechtild Schulze Hessing

Frau Schulze Hessing berichtet, die Abfrage zur Ermittlung des Betreuungsbedarfes unter 3-jähriger Kinder in Gescher sei abgeschlossen. Die Vorbereitungen für die Umfrage in Schöppingen liefen auf Hochtouren und der Versand der Fragebögen sei nach den Osterferien vorgesehen.

Die weiteren Planungen zur Bedarfsumfrage in den Städten und Gemeinden des Kreisjugendamtsbezirkes kann der Anlage 4 zur Niederschrift entnommen werden.

Punkt 5.2: Novellierung des GTK

Berichtersteller/in: aus der Vorlage

Frau Schulze Hessing erläutert die wesentlichen Eckpunkte der Reform des Gesetzes über Tageseinrichtungen (GTK). Darin sei eine grundlegende Veränderung der Förderung der Betriebskostenzuschüsse für Tageseinrichtungen vorgesehen. Zur Zeit ergäben sich aber noch eine Vielzahl von Fragen zur Ausgestaltung der Eckpunkte und der Berechnungsgrundlagen. Über die Spitzenverbände würden diese Fragen zur Zeit an das Land herangetragen.

Auf Nachfrage von Frau Kerkhoff sichert Herr Overmann sofortige Informationen zu, sobald seriöse Berechnungen möglich seien.

Die wesentlichen Eckpunkte der GTK-Novellierung sind in der Anlage 5 zur Niederschrift dargestellt. Das „Konsenspapier über Eckpunkte der zukünftigen Finanzierungsstruktur der Tageseinrichtungen für Kinder und der Förderung der Kindestagespflege“ wurde in der Sitzung ausgelegt (Anlage 6 zur Niederschrift).

Inzwischen liegt der Referentenentwurf des KiBiz (Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern, Kinder-Bildungsgesetz), das das GTK voraussichtlich ablösen wird (Anlage 7 zur Niederschrift), vor

Punkt 5.3: Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Berichterstatter/in: Hans-J. Overmann

Herr Overmann informiert über das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, in dem u.a. die Herabsetzung der Schwellenwerte für Gemeindegrößen vorgesehen sind. Er erläutert, die Herabsetzung der Schwellenwerte habe Auswirkungen auf die untere Bauaufsicht und die Jugendhilfe. So könnten die Städte Stadtlohn und Vreden, die jeweils mehr als 20.000 Einwohner/innen (EW) hätten, je ein eigenes Jugendamt gründen. Darüber hinaus sei es auch möglich, in Verbänden zusammen zu arbeiten, wenn eine Zahl von insgesamt 20.000 EW erreicht würde. Solche Verbände seien auch über die Kreisgrenzen hinaus möglich.

Der Landkreistag NRW habe zu dieser Herabsetzung bereits eine umfangreiche Stellungnahme vorgelegt.

Herr Overmann sieht die Gefahr, dass die Jugendhilfe weiter zersplittert würde und die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung sicher abnehme. Leistungen und Kosten seien dann nicht mehr vergleichbar. Außerdem befürchte er auf Grund der dann diffizilen örtlichen Zuständigkeiten eine starke Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger.

Punkt 5.4: Einladung zur Auftaktveranstaltung "Bündnis für Familien"

Berichterstatter/in: Hans-J. Overmann

Herr Overmann weist auf die Auftaktveranstaltung zum „Bündnis für Familien“ am 28.03.2007 hin. Er bittet um Anmeldung, sofern diese noch nicht erfolgt ist.

Punkt 5.5: Fortbildung für Erzieher/innen

Berichterstatter/in: Hans-J. Overmann

Herr Overmann berichtet, 70 Erzieher/innen und Tagesmütter seien auf Initiative des Familienbüros zur „didacta“ (Bildungsmesse) nach Köln gefahren. Sowohl die Stimmung als auch die Resonanz seien sehr gut gewesen.

Des Weiteren fände vor den Osterferien eine 3-tägige Fortbildung für Erzieherinnen, Erzieher und Tagesmütter mit dem Referenten Dr. Armin Krenz statt. Es lägen weit über 50 Anmeldungen vor, so dass es eine längere Warteliste gäbe.

Die große Resonanz auf beide Veranstaltungen zeige, so Herr Overmann, sehr deutlich den Bedarf für solche Angebote.

Punkt 6: Anfragen

Sprachstandserhebungen

Frau Kerkhoff fragt, ob der Fachbereich Jugend und Familie an den Sprachstandserhebungen beteiligt sei. Sie haben von vielen Unsicherheiten im Zusammenhang mit den Sprachstandserhebungen gehört.

Frau Schulze Hessing sagt, die Sprachstandserhebungen gehörten nicht zum Aufgabenbereich der Jugendhilfe. Der Fachbereich Jugend und Familie sei aber bei den Sprachfördermaßnahmen involviert.

Darüber hinaus sei ein Infobrief an die Tageseinrichtungen herausgegeben worden. Hierin würden die Tageseinrichtungen u.a. gebeten, die Förderbedarf zu schätzen, um dem Land eine entsprechende Rückmeldung geben zu können.

Frau Seidensticker-Beining äußert sich kritisch zu der Art und Weise der Durchführung der Sprachstandserhebungen. So bemängelt sie, dass die Unterlagen noch nicht vorlägen.

Herr Tönnes verweist auf einen Zeitungsbericht, in dem z.B. der Förderbedarf auf ¼ der Kinder geschätzt wurde.

Herr Stilkenbäumer betont, dass er es – vor allem vor dem Hintergrund des Falls „Kevin“ – für sehr wichtig halte, auch kleinen Hinweisen nachzugehen.

Info-Veranstaltung „Das Elternpraktikum“

Auf Nachfrage von Frau Seidensticker-Beining berichtet Herr Tönnes, die Info-Veranstaltung zur Fortbildung „Das Elternpraktikum“ sei gut gelaufen. Herr Overmann ergänzt, die Reaktionen der Referentinnen und einer Fachabteilungsleiterin des Fachbereiches Jugend und Familie seien sehr positiv gewesen. Zur Zeit gäbe es rd. 10 Anmeldungen für die Fortbildung, die in der Nebenstelle in Stadtlohn stattfinde.

Ferien- und Freizeitheft

Frau Gertz weist auf die kürzlich erschienene Broschüre „Ferienfreizeiten 2007 in den Kreisen Borken, Coesfeld und Recklinghausen“, die vom Bistum Münster, Regionalbüro Kinder- und Jugendseelsorge Mitte, herausgegeben wurde.

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

./.

Punkt 8: Anfragen

./.

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Heinz-Josef Tönnies
Vorsitzender

Sandra Bußmeier
Schriftführerin